

BASis Info 8/2010

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagabgeordneten Bärbel Bas



Liebe Leserinnen und Leser,

die parlamentarische Sommerpause ist vorbei und die schwarz-gelbe Bundesregierung will jetzt offenbar auch mal mit der Arbeit anfangen: Statt Koalitionstheater soll regiert werden. Angela Merkel will so schnell es geht alle Grausamkeiten durchdrücken – in der Hoffnung, dass die Umfragewerte für Schwarz-Gelb zu den Landtagswahlen 2011 wieder steigen. Und tatsächlich: Im September ging es Schlag auf Schlag.

Im Einvernehmen mit der Atomlobby sollen die Restlaufzeiten der AKW deutlich verlängert werden, das Gesundheitsministerium macht sich zum Lobbyisten für Pharmakonzerne und Private Krankenversicherungen (s. Seite 2) und auch die Neuberechnung der „Hartz-IV“-Sätze passt ins Bild Umverteilung von unten nach oben.

Wo wird gespart? Jugendpolitik, Arbeitsmarktförderung, Wohngeld oder Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Allein die komplette Streichung des Elterngeldes heißt für Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen: 3.600 Euro pro

Jahr weniger - und keine Besserung in Sicht.

Frau von der Leyen hat ausgerechnet, dass Hartz-IV-Bezieher 5 Euro mehr bekommen und bei Kindern sogar eigentlich gekürzt werden müsste. Diese Rechnung kann ich nicht nachvollziehen. Keinen Cent mehr ist insbesondere für viele arme Kinder in Duisburg ein Skandal. Als SPD werden wir genau prüfen, ob die neuen Regelsätze verfassungskonform sind und die Bundesregierung nicht nur getrickst hat. Die ersten Fehler in der Rechnung haben wir bereits gefunden und jetzt kam auch noch raus, dass im Gesetzesentwurf das Schulbedarfspaket für Kinder von Geringverdienern gekürzt werden sollte. Wir haben die frühere Mutter Courage erwischt, wie sie bei Familien mit niedrigem Einkommen kürzen wollte. Jetzt werden wir genau darauf achten, ob sie die Kürzung wirklich zurücknimmt.

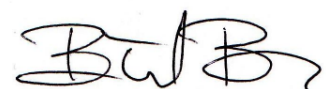
Natürlich muss das Lohnabstandsgebot eingehalten werden. Das heißt aber für mich: Wir brauchen menschenwürdige Hartz-IV-Sätze UND gleichzeitig flächendeckende

Mindestlöhne.

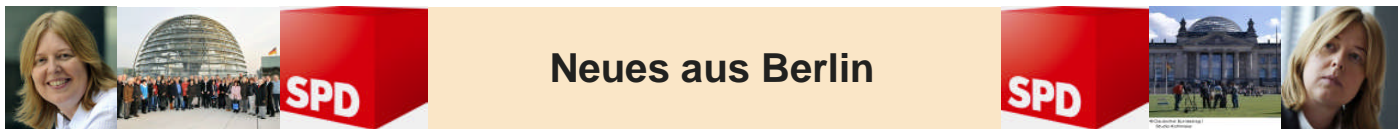
Die Menschen lassen sich die schwarz-gelbe Klientelpolitik aber nicht einfach gefallen. Sie gehen wieder auf die Straße. Mehr als 100.000 Menschen allein bei der Anti-AKW-Demo in Berlin. Das finde ich gut. Es wird ein heißer Herbst für Schwarz-Gelb.

Wir als SPD sind auf einem guten Weg, klare und sozialdemokratische Positionen zu den Fragen zu entwickeln, die den Menschen wirklich unter den Nägeln brennen. Unser Kompromiss zur Rente mit 67 ist hier nur ein Beispiel. Meine wichtigste Erkenntnis unseres Sonderparteitags am letzten Sonntag in Berlin: Wir haben mit der Erneuerung der SPD begonnen, so muss es jetzt weitergehen.

Herzliche Grüße



Bärbel Bas



Viel los, im Gesundheitsausschuss – zu viel, sage ich.

Gleich zwei Gesetze auf einmal will Bundesgesundheitsminister Rösler bis Weihnachten durch den Bundestag bringen. Mit dem AMNOG, dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz, will Rösler das Preiskartell der Pharmakonzerne brechen. Dank des so genannten GKV-Finanzierungsgesetzes soll es künftig nachhaltig und sozial ausgewogen zugehen, in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Doch was steht eigentlich unter den Überschriften im Gesetz?

Das AMNOG widmet sich vor allem dem Arzneimittelmarkt. Die Koalition will eine Kosten-Nutzen-Bewertung für neu zugelassene Arzneimittel einführen. Bisher müssen die Hersteller nur nachweisen, dass ihre Medikamente eine Wirkung haben. Künftig soll es nur dann Geld von der Kasse geben, wenn diese Wirkung besser ist, als die bereits auf dem Markt befindlicher Arzneimittel. Leider sorgt der Verband der forschenden Pharmaindustrie dafür, dass die gesamte Kosten-Nutzen-Bewertung zur Farce wird: Neben der wissenschaftlichen Analyse des Nutzens sollen künftig weitere, unwissenschaftliche Kriterien, die Industrie und Politik vorgeben, einbezogen werden. Ob ein Medikament tatsächlich nützt ist nicht mehr so wichtig. Was zählt ist, ob sein Hersteller mit Arbeitsplatzabbau in Bayern droht. Hinzu kommt noch eine Be-

weislastumkehr für die GKV: Sie und nicht mehr die Hersteller muss nachweisen, dass Medikamente nicht mehr schaden als helfen. Auch soll das Kartellrechts auf die GKV angewandt werden. Damit werden die Rabattverträge der Kassen mit den Arzneimittel- und Heilmittelherstellern wirkungslos. Durch diese Ausschreibungen sparen die Kassen bisher viel Geld für ihre Versicherten. Im AMNOG werden auch Geschenke an die PKV verteilt: Um die PKV als politisches Gegenmodell zur GKV am Leben zu halten, soll sie auch Zwangsrabatte bei den Arzneimittelherstellern einfordern können. Damit es schnell geht, dürfen gut Verdienende künftig schon nach einem Jahr Verdienst über der Versicherungspflichtgrenze die GKV Richtung PKV im Stich lassen. Mit nachhaltiger Finanzierung hat das alles nichts mehr zu tun.

Einen Systemwechsel strebt Rösler auch mit dem zweiten Teil seines Reformwerks an, dem so genannten GKV-Finanzierungsgesetz. Erst mal wird der Beitrag um 0,6 Punkte angehoben. Der Arbeitgeberbeitrag wird auf 7,3% festgeschrieben. Da sich die Koalition nicht traut, die Ausgaben zu begrenzen, wird die GKV mehr Geld brauchen. Das dürfen sich die Kassen per Zusatzbeitrag Kopfpauschale bei den Versicherten holen. Von einem steuerfinanzierten Sozialaus-

gleich der Zusatzbeiträge ist nicht mehr viel übrig geblieben. Selbst die Kabinettskollegen wollten Rösler kein Geld für seine „Reform“ geben. Nicht nur der Sozialausgleich sondern auch die Zusatzbeiträge für ALG II-Empfänger werden mal aus dem Gesundheitsfonds, ergo den Beiträgen der Versicherten, bezahlt werden. Weil der Bundesrat auf gar keinen Fall mitmachen soll, sind die Regelungen für die Zusatzbeiträge so umständlich geworden, dass die Krankenkassen und die Arbeitgebern massiv Bürokratie aufbauen müssen.

Ein Lieblingsthema des Ministers, die so genannte Kostenerstattung, soll auch noch kommen. Die Ärztelobby möchte, auch GKV-Patienten nach höheren Privatsätzen abrechnen. Der Versicherte könne sich die Rechnung von seiner Krankenkasse erstatten lassen. Diese zahlen aber nur die niedrigeren Honorarsätze der GKV zurück. Der Minister nennt das Kostentransparenz und verspricht Einsparungen. In der PKV ist das übrigens die Regel. Dort steigen die Arztkosten gerade ins Unermessliche.

Fügt man beide Gesetzesentwürfe zusammen, entsteht ein Rundumschlag gegen die solidarische Krankenversicherung. Ganz nebenbei handelt es sich um offensichtliche Klientelpolitik zu Gunsten der Privaten Krankenversicherung und der (Pharma-) Industrie.



KlimaKiste übergeben: Am 7. September habe ich in der Gemeinschaftsgrundschule Tonstraße eine Klimakiste an rund 120 Schülerinnen und Schüler von 10 Schulen aus meinem Wahlkreis übergeben. Die Klimakisten enthalten professionelle Messgeräte, Experimentierkästen oder Wetterstationen sowie Unterrichtsmaterialien. Klimaschutz ist ein sehr wichtiges Zukunftsthema. Mit der KlimaKiste können sich Schüler und Lehrer unkompliziert und praxisnah dem Thema Klimaschutz nähern und in der eigenen Schule Energie sparen.

Praktikum im Pflegedienst

Im Rahmen der Aktion "Praxis für Politik" habe ich für einen halben Tag meinen Sitz im Deutschen Bundestag gegen ein Praktikum bei der Firma "Pflegedienst REVITA Pflege- und Gesundheitsservice GmbH" getauscht. Ich möchte über die Unternehmen und den Arbeitsalltag der Menschen in meinem Wahlkreis informiert sein. Im Pflegebereich heißt das: Waschen, Medizinische Grundversorgung oder einfach mit den pflegebedürftigen Menschen sprechen. Ich habe viele Anregungen aus dem Pflegebereich mitgenommen. Allein deshalb war das Praktikum eine gelungene Aktion.

Viel los beim 6. Großen Selbsthilfetag

Viel los war beim 6. Großen Selbsthilfetag im Kleinen Prinz am 25. September: 30 Selbsthilfegruppen informierten mit mehr als 20 Info-Ständen über ihre Arbeit. Die Arbeit dieser Gruppen ist Zivilgesellschaft im besten Sinne des Wortes und als Gesundheitspolitikerin ist mir

der Kontakt zu den Selbsthilfegruppen natürlich sehr wichtig. Deshalb war ich mitdramin, durfte ein Grußwort halten und kann ehrlich sagen: Ich war an jedem Stand, habe mich informiert und sogar den Alkoholparcours mehr oder weniger erfolgreich mitgemacht.



Revita-Chefin Sandra Jaenisch, Bärbel Bas, Patientin und Pflegedienst-Schwester Monika Welzsaraz (v.l.n.r.)

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++04.10.-08.10.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++20.10.: Diskussion zur Gesundheitspolitik beim Ortsverein Buchholz+++

+++25.10.-29.10.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++09.10.: Verd. Diskussionsrunde am Kultur+++

+++21.10.: Referat zur Gesundheitspolitik beim Ortsverein Friemersheim+++

+++31.10.: IHK - Bestenehrung im Theater am Marienort+++



Organspenden rettet Leben

Ich habe seit vielen Jahren einen Organspenderausweis und rufe alle Leserinnen und Leser zum Mitmachen auf. In Deutschland sterben jeden Tag drei Patienten, weil nicht rechtzeitig ein Spenderorgan da ist. Organspenden rettet Leben. Weitere Infos und den Organspenderausweis zum Download gibt's unter www.organspende-info.de.



www.baerbelbas.de 2.0

Meine neue Homepage ist jetzt online unter www.baerbelbas.de. Ein Jahr nach der Bundestagswahl war es Zeit für eine komplette Renovierung und ich bin zufrieden: Die Seite ist jetzt benutzerfreundlicher, optisch noch ansprechender und inhaltlich deutlich umfangreicher ausgestaltet.

Neu auf der Homepage: die Info-Box „Bas fragt nach“ mit meinen parlamentarischen Anfragen, Informationen zu meinen Schwerpunktthemen und neue Hintergründe über die „Gläserne Abgeordnete“. Die Menschen haben das Recht zu erfahren, mit wem

ich Lobby-Gespräche führe, wie ich entlohnt werde und wie ich mich bei Abstimmungen im Bundestag verhalte. Diese Infos kann man jetzt transparent nachvollziehen.

Wir werden die Seite weiter verbessern, gute Anregungen sind herzlich willkommen. So wie von Dr. Werner Jurga aus Rheinhausen: In meiner Rubrik „Meine TOP-5“ muss es natürlich Trilogie und nicht Triologie heißen und Dr. Jurga schreibt: „Diese kleine Verblendung führt aber nicht zur Verdammnis, da das Streichen eines „o“'s schon zur Vergebung führt ;-).“ Danke, das O ist gestrichen.

Neues aus meinem Tagebuch

Duisburger Schüler sind fit, auch nach einem langem Berlntag. Um 20 Uhr traf ich die Klasse des Gertrud-Bäumer-Berufskollegs zum Gespräch und die Schüler stellten viele spannende Fragen. Nur einen Wunsch musste ich ablehnen: „Wollen Sie mich heiraten“, fragte ein Schüler nachdem ich erzählt hatte, welches Auto ich fahre.

Die DUH sammelt auf www.wir-sind-aussteiger.de Stimmen gegen Atomkraft. Im Moment stehe ich zwischen Hannes Jaenicke und Roger Wilhelmsen. Sieht gut aus.

Wo kriegt Mann im Notfall eine Nagelschere her? „Bei

Bärbel“, dachte sich Peer Steinbrück und ging ins Nachbarbüro: „Mir ist da ganz fies der Nagel eingewachsen, könnt ihr da mal helfen“. Klar.

Freitagnachmittag bin auch ich meist schon auf dem Heimweg, aber manchmal grätscht die Tagesordnung des Bundestages dazwischen. Eine aktuelle Stunde zur Gesundheitspolitik wollte die Linke am Freitag um 15.30 Uhr machen, aber wer soll da noch reden, geschweige denn zuhören? Ich hätte es gemacht, war aber die einzige Freiwillige und die Linken schienen dann doch keine Lust auf Überstunden zu haben: die aktuelle Stunde wurde abgesagt.



Bis nächstes Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum
 V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel. : 030 / 227 75607
 Fax: 030 / 227 76607
Baerbel.bas@bundestag.de
www.baerbelbas.de